

# ANDREAS MATTFELDT MdB

Ihr Abgeordneter für  
Verden und Osterholz

## BERLIN AKTUELL

### Liebe Freunde,

der Petitionsschuss wurde nicht ohne Grund als bürgernäher Austausch fest in unserem Grundgesetz etabliert. Die Übergabe des Jahresberichts 2023, dessen Debatte im Bundestag und die Vorstellung in der Bundespressekonferenz diese Woche, hat mir daher besonders am Herzen gelegen. Besonders gefreut hat mich überdies der rege Austausch mit Unternehmern aus Achim und natürlich das Sommerfest in der Niedersächsischen Landesvertretung in der vergangenen Woche.

Mehr zu diesen und weiteren Themen wie gewohnt in den einzelnen Rubriken.

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Andreas Mattfeldt

## FOTOS DER WOCHE



Petitionsausschuss übergibt den Jahresbericht an Bundestagspräsidentin Bärbel Bas



Bundestagspräsidentin Bärbel Bas und Andreas Mattfeldt bei der Übergabe des Jahresberichts

## Jahresbericht des Petitionsausschusses

In dieser Woche übergab ich als Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion gemeinsam mit den Kollegen der anderen Fraktionen den Jahresbericht des Petitionsausschusses an die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas und informierte die Hauptstadtresse in der Bundespressekonferenz über die Entwicklung im Petitionswesen. Außerdem ging es um die dringend erforderliche Reform in der Geschäftsordnung der höchsten deutschen Volksvertretung.

Das Petitionsrecht muss gestärkt werden! Aber die Ampel hat in der letzten Sitzung des Petitionsausschusses neue Verfahrensregeln für das Petitionswesen im Deutschen Bundestag verabschiedet, die leider nur ein Placebo für die Petenten sind. Begründete Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern müssen stärker in den Fokus der Arbeit des Bundestages gerückt werden. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es dringend erforderlich, den Beschlüssen des Ausschusses mehr Gewicht zu verleihen.

Wenn Bürger sich mit ihren oft höchstpersönlichen Anliegen an uns wenden, muss das Konsequenzen haben. Es ist den Petentinnen und Petenten kaum zu vermitteln, wenn die Bundesregierung trotz höchsten Votums des Petitionsausschusses dies nicht umsetzt. Sie muss Abhilfe schaffen, wenn die Bitte des Petenten vom Ausschuss als berechtigt anerkannt wurde.

Wir fordern daher die Bundesregierung auf, im Ausschuss zu begründen, warum sie bei höchstem Votum des Petitionsausschusses trotzdem keinen Handlungsbedarf sieht. Wir erwarten außerdem, dass abgelehnte Petitionen dem zuständigen Fachausschuss zugeleitet werden, in dessen Bereich das Anliegen thematisch fällt. Denn dieser Fachausschuss kann weiter im Sinne des Petenten auf die Bundesregierung einwirken. Das wäre eine wirkliche Stärkung des Petitionswesens.

## THEMEN DER WOCHE

### EEG-Konto: Bund steht vor heikler Finanzierungsfrage

Die schlechten Nachrichten im deutschen Energiebereich rund um Bundesminister Robert Habeck reichen nicht ab. Nach einer verpatzten Verhandlung zur Übernahme des zentralen deutschen Übertragungsnetzbetreibers TenneT, stehen dem Bundeshaushalt nun Mehrausgaben in Höhe von fast 8,8 Mrd. Euro gegenüber, um damit das EEG-Konto auszugleichen. Finanzierung? Ungewiss.

Schreiben des BMF mit dieser Information gingen mir und meinen Berichterstattterkollegen am Montag-Morgen zu.

In dem Schreiben wurde mitgeteilt, dass von den für die Finanzierung des EEG-Kontos eingestellten 10,6 Mrd. Euro mittlerweile bereits über 9,8 Mrd. Euro ausgezahlt wurden. Für die Auszahlung der Monatsrate Juli sind laut aktualisierter EEG-Prognose 2,1 Mrd. Euro fällig. Bis Ende des Jahres wird der Mehrbedarf mittlerweile auf insgesamt 8,8 Mrd. Euro geschätzt, die nun zur Verfügung gestellt werden müssen. Das Problem: Das Geld ist nicht im finanzierenden Klima- und Transformationsfonds vorhanden.

Als sich Anfang des Jahres bereits abzeichnete, dass die zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausreichen würden, habe ich Bundesminister Habeck eindringlich vor genau diesem Szenario gewarnt. Die Ampel-Regierung hatte 2022 die Finanzierung der EEG-Umlage aus dem Bundeshaushalt beziehungsweise dem Klima- und Transformationsfonds beschlossen. Seitdem hat sie das Vermögen durch einen verfassungswidrigen Haushalt und teilweise zweckfremde Ausgaben für Wunschprojekte zusammenschumpfen lassen, sodass eine Finanzierung der rechtlich verbindlichen Finanzierung hieraus nicht möglich erscheint. Das ist ein weiterer herber Rückschlag, den die Ampel für unsere Energiepolitik verursacht hat. Und dies, nachdem die Verhandlungen zur Übernahme von TenneT Deutschland letzte Woche aufgrund von deutschen „Haushaltsproblemen“, wie die Pressestatements verlauten ließen, abgebrochen werden mussten.

Ich habe daher den verantwortlichen Staatssekretär Nimmermann in den Haushaltsausschuss gerufen, um die Vorkommisse aufzuklären. Es hat sich insbesondere herausgestellt, dass die Mittel dadurch erbracht werden, indem viele Bundesprogramme zugunsten von Bürgern, Unternehmen und Kommunen ausgemerzt werden. Dieses eingesparte Geld, das eigentlich zur Unterstützung vorgesehen war, muss nun für die Fehlplanung der Ampel herhalten.

Zum Hintergrund:

Über das EEG-Konto erhalten Betreiber von Anlagen, die Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen, einen gemäß Erneuerbaren Energien Gesetzes festgelegten Vergütungsbetrag oder eine Marktprämie. Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber verwalten das EEG-Konto, geben Prognosen zum voraussichtlichen ab und koordinieren die rechtlich verbindliche Auszahlung der Beträge an die jeweiligen Anlagenbetreiber. Bis zum Beschluss des Bundestages am 28. April 2022 wurde das EEG-Konto über die Rechnung der Stromkunden finanziert. Die Ampel hatte damals die Übernahme durch den Staatshaushalt damit begründet, die Stromkunden entlasten zu wollen. Da die Kosten nun über den Bundeshaushalt finanziert werden, kann man natürlich auch argumentieren, dass die Kosten nur versteckt wurden, die Finanzierung aber trotzdem über die Bürger läuft.

Fakt ist auch, dass die EEG-Kosten, neben insbesondere den zu stemmenden Netzausbaukosten in Höhe von etwa 460 Mrd. Euro Milliarden Euro bis 2045, auch zu den Kosten der Erneuerbaren Energien hinzugezählt werden müssen, nicht nur die die günstig ausfallen Gesteuerung des Stroms. Der Bundesrechnungshof hatte dies zu Recht in seinem Bericht vom 07. März 2024 kritisch angemerkt. Leider werden diese systemischen Kosten aber bei Diskussionen oftmals unterschlagen.

### Aussprache zur Regierungserklärung anlässlich des NATO-Gipfels und Europäischen Rates

Beim NATO-Jubiläumsgipfel vom 9. bis 11. Juli in Washington werden die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und des Abschreckungspotentials sowie die Steigerung der Verteidigungsausgaben im Fokus stehen. Deutschland wird unter Hinzurechnung des Sondervermögens für die Bundeswehr und einer breiten Interpretation der sonstigen verteidigungsrelevanten Ausgaben in diesem Jahr erstmals die NATO-Vorgaben erfüllen. Einen glaubwürdigen Plan zur Einhaltung des Zwei-Prozent-Ziels nach Auslaufen des Sondervermögens bleibt die Bundesregierung weiterhin schuldig – somit bleibt „Zeitenwende“ mehr Wort als Tat.

Beim Europäischen Rat sollen u.a. die Lage im Nahen Osten, die Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit diskutiert werden. Überdies wird die weitere Unterstützung der Ukraine in beiden Organisationen bestimmendes Thema sein.

Sowohl die NATO als auch die Europäische Union brauchen Kontinuität und Stabilität. Der Europäische Rat muss daher die Weichen für eine zweite Amtszeit von Ursula von der Leyen als Präsidentin der Europäischen Kommission stellen, die als Spitzenkandidatin der Europäischen Volkspartei die Wahlen zum Europäischen Parlament gewonnen hat. Unter ihrer Führung müssen rasch die notwendigen Kurskorrekturen, vor allem im Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie, vorgenommen werden. In der NATO muss der unter Generalsekretär Stoltenberg eingeschlagene und richtige Kurs fortgesetzt werden. Die Ukraine muss weiterhin politisch, militärisch und finanziell so unterstützt werden, dass sie den Krieg aus eigener Position der Stärke beenden kann. Die Bundesregierung steht in beiden Organisationen unter Beobachtung. Die oft selbst beanspruchte und auch von unseren Alliierten und Partnern erwartete Führungsrolle muss endlich angenommen und untermauert werden, um nicht noch weiter an Glaubwürdigkeit und Vertrauen zu verlieren. Die ständige Enthaltung zu wichtigen europäischen Fragen („German Vote“) und Blockadehaltung in Brüssel müssen der Vergangenheit angehören. Insbesondere bei den Verteidigungsausgaben ist die Bundesregierung nun gefordert, im Rahmen des nächsten Haushalts einen belastbaren Finanzplan zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit vorzulegen.

### Unser Antrag: „Schutz durch Europa muss nicht heißen Schutz in Europa – Für mehr Begrenzung und Humanität im Asylrecht“

Die Regierungspolitik der ungesteuerten Migration hat keinen Rückhalt in der Bevölkerung. Die hohe Zahl der Asylsuchenden überfordert die Aufnahmekapazitäten und Integrationsmöglichkeiten Deutschlands bei Weitem, zumal Deutschland eine zusätzliche humanitäre Verpflichtung für 1,1 Millionen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine wahrnimmt.

Wir wollen die Kontrolle über die Einwanderung nach Deutschland zurückgewinnen, irreguläre Migration stoppen und humanitäre Migration auf ein integrierbares Maß begrenzen. Dafür

haben wir in mehreren Anträgen und in unserem 26-Punkte-Plan vom Oktober 2023 kurzfristig wirksame Maßnahmen vorgelegt. Mittel- und langfristig wollen wir das Konzept der sicheren Drittstaaten zum Leitprinzip des europäischen Asylrechts machen: „Schutz durch Europa muss nicht heißen Schutz in Europa“. Wer in der EU Asyl beantragt, soll zukünftig in einen sicheren Drittstaat außerhalb Europas überführt werden und dort das Asylverfahren durchlaufen. Erfolgreiche Anträge führen zu Schutz im Drittstaat, negative Entscheidungen zu einer Rückkehr in das Herkunftsland. Damit erreichen wir mehr Humanität und Kontrolle in der Migrationspolitik, zerschlagen das Geschäftsmodell der Schleuser und stellen durch Kontingentnahme die Hilfe für diejenigen Menschen in den Mittelpunkt, die unseren Schutz wirklich benötigen.

### Aktuelle Stunde: „Meinungsfreiheit schützen – Boykott von wissenschaftlichen und demokratischen Veranstaltungen an deutschen Hochschulen verhindern“

Wir erleben zunehmend, dass demokratische Diskurse über gesellschaftlich relevante Themen gerade an Hochschulen einseitig boykottiert werden. Vorlesungen von Wissenschaftlern werden verhindert, weil Forschungsarbeiten dem politischen Weltbild von Störern nicht entsprechen. Bundesminister werden massiv gestört und Veranstaltungen sogar abgebrochen. Jüngstes Beispiel ist eine Diskussionsveranstaltung des Rings-Christlich-Demokratischer-Studenten (RCDS) am 19. Juni an der Universität Göttingen, zu der unsere Familienpolitikerin Mareike Wulf MdB eingeladen war, um über ihre Perspektive zum sogenannten „Selbstbestimmungsrecht“ zu sprechen. Ihr wurde von linken, zum Teil verummten Chaoten die Möglichkeit einer Einordnung durch massiven Protest genommen und sie wurde unter Polizeischutz aus dem Gebäude geführt werden. Die Veranstaltung konnte somit nicht stattfinden. Dieser Vorgang wurde seitens der Koalitionsfraktionen oder Vertreter/innen der Regierung unseres Wissens bisher nicht kommentiert und unsere Abgeordnete nicht unterstützt.

Die Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG) und die Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG) haben in Deutschland Verfassungsrang. Hochschulen sind Orte des öffentlichen Diskurses, an denen das Für und Wider von wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Themen debattiert werden. Die Freiheit des Denkens muss an den Hochschulen gewährleistet sein. Es ist alarmierend, wenn Debatten, die sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen, verhindert werden. Die Meinungsfreiheit ist ein ganz wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie und Voraussetzung für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Werden Meinungsäußerungen und Diskussionen verhindert, führt dies letztlich zur Spaltung; das darf nicht geschehen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verurteilt jeden Versuch, den freien Diskurs an Hochschulen einzuschränken. Es braucht ein gemeinsames Verständnis dazu, dass als Regierung solche Taten und vor Störungen von Vorlesungen, Vorträgen oder sonstigen Veranstaltungen unverzüglich und wirksam mittels Strafanzeige und Hausverbot gegen die Störer vorgegangen und der ungestörte weitere Verlauf der Veranstaltung geschützt wird.

### Stabilität und Nachhaltigkeit der Finanzierung der Sozialversicherung

Das Sozialversicherungssystem in Deutschland hat eine lange Tradition und es hat sich bewährt. Es ist leistungsstark und ermöglicht für die gesamte Bevölkerung eine sehr gute medizinisch-pflegerische Versorgung, finanzielle Absicherung im Alter sowie bei Arbeitslosigkeit. Diesen hohen Standard gilt es auch in Zukunft zu erhalten und generationengerecht auszugestalten. Grundlage dafür ist eine starke Wirtschaft. Unsere Große Anfrage an die Bundesregierung – die wir in dieser Woche im Plenum debattieren – stellt die Stabilität und Nachhaltigkeit der Finanzierung der Sozialversicherung in den Mittelpunkt. In dieser werden für jeden einzelnen Zweig die finanziellen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren erfragt. Die Summe der Beitragssätze in der Sozialversicherung hat längst die wichtige Marke von 40 Prozent überschritten. Die bisherigen Entlastungspakete der Bundesregierung werden dadurch konterkariert, dass sie die Wirtschaft wiederum belasten und so einen Aufschwung erschweren. Es bedarf eines entschiedenen Gegensteuerns mit dem Ziel, die Sozialabgaben bei 40 Prozent zu begrenzen.

### Unterlassene Hilfeleistung beenden – Wirtschaftswende jetzt einleiten – Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft und Für Wachstum und mehr Wettbewerbsfähigkeit – Die deutsche Wirtschaft braucht jetzt ein Sofortprogramm

In dieser Woche beraten wir zwei wichtige Anträge unserer Fraktion zur Wirtschaftspolitik in verbundener Debatte. Mit unseren Anträgen Unterlassene Hilfeleistung beenden – Wirtschaftswende jetzt einleiten – Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft und Für Wachstum und mehr Wettbewerbsfähigkeit – Die deutsche Wirtschaft braucht jetzt ein Sofortprogramm stellen wir dringend benötigte und schnell wirksame Maßnahmen für eine echte „Wirtschaftswende“ in den Vordergrund. Die aktuelle Wirtschaftslage ist weiterhin kritisch und fraglich. Deutschland befindet sich in einer Rezession. Der Industriestandort leidet besonders unter den hohen Energiekosten, zu viel Bürokratie und dem schwachen weltwirtschaftlichen Umfeld, nicht zuletzt der Konjunkturschwäche Chinas. Wir fordern deshalb strukturelle Verbesserungen für eine echte wirtschaftspolitische Trendwende – wie ein Belastungsmoratorium und Maßnahmen zur spürbaren und raschen Bürokratiereinlastung. Unternehmen und Verbraucher benötigen günstigere Energie, durch eine Ausweitung des Sozialangebots und die Reduzierung der Stromsteuer. Die Sozialabgaben müssen bei 40 Prozent gedeckelt werden; die Steuerbelastung von Unternehmen soll auf 25 Prozent sinken.

### Mobilfunk im ländlichen Raum stärken – Nutzererlebnis in den Fokus stellen

Mit unserem Antrag Mobilfunk im ländlichen Raum stärken – Nutzererlebnis in den Fokus stellen – den wir in dieser Woche erstmals beraten – legen wir war, wie der Mobilfunkausbau im ländlichen Raum und das Nutzererlebnis nachhaltig verbessert werden kann. Obgleich der Mobilfunkausbau in den letzten Jahren Fortschritte gemacht hat, ist es der aktuellen Bundesregierung nicht gelungen, zukunftsweisende Impulse zu setzen. Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, die Mobilfunk-Förderung des Bundes über den 31. Dezember 2024 hinaus zu verlängern und die Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (MIG) weiterzuführen, um bestehende Projekte abzuschließen. Darüber hinaus erwarten wir, dass die tatsächliche Nutzererfahrung in den Versorgungsmeldungen der Bundesnetzagentur berücksichtigt wird. Wir setzen uns dafür ein, technische Parameter und Versorgungsauflagen an das reale Nutzerverhalten anzupassen. So gewährleisten wir eine bessere Versorgung. Mobilfunknetzbetreiber und die Deutsche Bahn sollen zudem besser zusammenarbeiten, um die Mobilfunkversorgung weiter zu verbessern.

## WAHLKREIS AKTUELL



Unser Praktikant Carl hat mich bei der diesjährigen Bundespressekonferenz zum Jahresbericht des Petitionsausschusses begleitet



Da ich gerne Klartext spreche, bin ich auch gegenüber den Unternehmerinnen und Unternehmern aus Achim und umzu deutlich geworden. Die hatten sich auf Einladung des Achimer CDU-Stadtverbandes zum Unternehmerfrühstück im Haus Hünenburg getroffen: Immer wieder höre ich von den Betriebsleitern, dass sie keine Zeit haben, sich politisch zu engagieren. Gleichzeitig prangern diese aber an, dass Entscheidungen in den Rathäusern zunehmend bürokratisch, praxisfern und nachteilig für die wirtschaftliche Entwicklung sind. Wenn Ihr Euch nicht engagiert, wird es langfristig für Euch und Eure Betriebe teuer. Bringt Euch ein und tragt dazu bei, dass die Politik vor Ort, hat es und oder im Bundesfachliche in Stück weit besser wird. Ich, im Land.

In meinem Impuls-Referat habe ich ein düsteres Bild vom Zustand der Ampelregierung und von der meiner Meinung nach völlig verfehlten Wirtschaftspolitik gezeichnet. Manchmal habe ich da den Eindruck, dass diejenigen, die nichts richtig gelernt und im Leben bisher auch nichts auf die Reihe bekommen haben, uns fähigen Erfahrungen sagen und vorschreiben wollen, wie es richtig gehen soll. Das ist für mich als erfahrener Unternehmer und langjähriger Bürgermeister einfach lächerlich!

Als Beispiele verfehlter Wirtschaftspolitik habe ich da unter anderem genannt: Die Beauftragung unerfahrener Einkaufsgeneratoren hat völlig unnötig zur Beschaffung von Gas zu Mondpreisen geführt. Und beim Heizungsgesetz sind die Bürgerinnen und Bürger zum Spielball eines allein ideologisch getriebenen Wirtschaftsministers Habeck geworden.

Mein Eindruck ist, dass sich Politik immer mehr um die Leistungsempfänger kümmert und nicht mehr um die Leistungserbringer. Dabei vergessen die Ampelparteien, dass Wohlstand allein durch harte Arbeit erzeugt wird und nicht durch neue Schulden und schlichtes Geld verteilen. Vor diesem Hintergrund kann ich die Fleißigen verstehen, dass sie keinen Bock mehr haben, immer mehr von ihrem sauer verdienten Geld für die zu bezahlen, die morgens liegen bleiben können. Das vermehrt völlig unnötigen den sozialen Sprengstoff. Das Bürgergeld ist gut gemeint, aber schlecht gemacht.

Als Bundestagsabgeordneter der Union freue ich mich über den Richtungswandel, den die CDU mit ihrem neuen Grundsatzprogramm eingeleitet hat. Wir müssen die Wirtschaft wieder zum Laufen bekommen, aufhören nur ideologische Kosmetik zu fördern, wie es die Ampel macht, die Energiewende hinbekommen, damit wir von Drittstaaten unabhängig werden. Deutschland allein kann aber nicht das Klima der Welt retten. Auch unser Gesundheits- und Pflegesystem hat fertig. Dort wie überall brauchen wir massive Reformen, auch wenn sie weh tun werden.

Die Achimer Unternehmer nutzten den Impuls des Bundestagsabgeordneten und diskutierten intensiv: Über den „sprachlosen Bundeskanzler“ ebenso wie über steuerfreie Überstunden, Anreize für weiterarbeitende Rentner, notwendige Einsparungen im Bundeshaushalt und darüber, ob die zur erste Wähler Ampelregierung Neuwahlen nötig macht. Und es wurde mehr als deutlich: Nur wenn Du Deiner Regierung vertraust, dann investiert Du als Unternehmer auch. Die weitere Regierung muss es deutlich besser machen, aber wir haben nur einen Schuss!



Das Sommerfest in der Niedersächsischen Landesvertretung war ein toller Erfolg. Ehrenamtliche, Unternehmer und Politik trafen sich in der Landesvertretung unseres schönen Bundeslandes Niedersachsen. Ganz besonders sehr ich mich gefreut, dass die Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes und der CDU-Kreistagsfraktion Verena Bachmann dabei war. Für mich ein fest eingeplanter Termin ist ein Besuch der LandTouristik Niedersachsen und deren Vorsitzende Martina Warnken, die aus meinem Wahlkreis kommt.

## TERMINE UND AUSBLICK IM BUND

- 25. Juni: BK Scholz nimmt an der Grundsteinlegung für den Siemensstadt Square in Berlin-Spandau teil
- 25. Juni: Rat für allgemeine Angelegenheiten (Vorbereitung Europäischer Rat, Interessenvertretung im Auftrag von Drittländern, Artikel-7-Verfahren gegen Ungarn (Werte der Union, Rechtsstaatlichkeit))
- 25. Juni: Vorstellung des Jahresberichts 2023 der Antidiskriminierungsstelle des Bundes
- 25. Juni: Mitmach-Aktion zur Digitalisierung der „Arolsen Archives“ über die Opfer der NS-Verfolgung im Bundestag
- 25. Juni: Erste Beitrittskonferenz mit Ukraine und erste Beitrittskonferenz mit Moldau
- 26. Juni: 16. Beitrittskonferenz mit Montenegro
- 26./27. Juni: Deutscher Bauernntag mit BM Özdemir, MP Woike
- 26. Juni: Sonder-Bauministerkonferenz zum Wohngeld
- 26. Juni: Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit mit

- BM Lauterbach, BM Heilig
- 26. Juni: EU-KOM: Konvergenzbericht
- 27. Juni: Wahl des Nachfolgers von WDR-Intendant Buhrow
- 27. Juni: ifo-Jahresversammlung mit BM Lindner
- 27./28. Juni: Europäischer Rat (Spitzenpersonal, Ukraine, Sicherheit und Verteidigung, Wettbewerbsfähigkeit)
- 28. Juni: Spatenstich für das erste landbasierte Terminal für verflüssigte Gase in Deutschland in Stade
- 28. Juni: Präsidentschaftswahl im Iran (nach dem Tod von Raisi gilt die Wahl als richtungweisend)
- 28. Juni: Erste Fernsehdebatte zwischen den US-Präsidentenchaftsbewerbern Biden und Trump
- 30. Juni: erste Runde der Parlamentswahl in Frankreich
- 30. Juni: Afghanistan-Konferenz der Vereinten Nationen in Doha